

SVP Klartext



Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

November 2025

**NEIN zur
links-extremen
Juso-Initiative**

Seite 5



**Service-Citoyen-
Initiative gefährdet
unsere Sicherheit**

Seite 7



**Analyse EU-Vertrags-
paket: Die schockie-
renden Resultate!**

Seite 8-9



LINKS-RADIKALE SCHANDE VON BERN



AZB, 3001 Bern Post CH AG, SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach
Preis Fr. 35.- jährlich – erscheint sechs Mal jährlich – 48'302 Expl.
svp.ch – klartext@svp.ch – November 2025
Gestaltung Klartext: GOAL AG



Kantone schaffen sich selber ab

Alle anderen Parteien winken den 2'228-Seiten-EU-Vertrag durch. Und die Mehrheit der Kantone will nicht einmal eine obligatorische Volksabstimmung mit Ständemehr.

Soll die Schweiz den 2'228-Seiten-Vertrag mit der EU unterschreiben? Soll die Schweiz automatisch EU-Recht übernehmen und sich dem EU-Gerichtshof unterstellen? Und dafür noch Milliarden nach Brüssel zahlen?

Mittlerweile ist die Vernehmlassungsfrist abgelaufen. Was leider absehbar war: SP, Grüne, Grünliberale, Mitte und FDP winken das EU-Vertragsmonster durch. Es kommt noch schlimmer: Die FDP-Delegiertenversammlung will nicht einmal eine obligatorische Volksabstimmung.

Und die Kantone?

Haben sich wenigstens die Kantonsregierungen für das Ständemehr eingesetzt? Die beschämende Antwort lautet: Nein. Obwohl der EU-Vertrag massiv in unser

Staatssystem eingreift. Obwohl die Kompetenzen der Kantone eingeschränkt werden. Obwohl das EU-Stromabkommen die kantonalen Elektrizitätswerke gefährdet.

Beschämend ist die Hauptforderung der Kantone: Sie wollen mehr Geld vom Bund. Sie wollen Geld für die rund 4'000 EU-Sozialfälle, die pro Jahr zusätzlich in der Schweiz anfallen – wahrscheinlich sind es viel mehr! Die Kantone wollen mehr Geld, weil die Schweiz keine höheren Studiengebühren für ausländische Studenten verlangen darf. Alles wegen der neuen EU-Verträge. Haben Sie gewusst, dass bereits heute 50'000 ausländische Studenten auf unsere Kosten in der Schweiz studieren? Das traurige Fazit der Vernehmlassung der Kantone: Sie lassen sich ihre Zustimmung für den EU-Vertrag erkaufen.

Die löblichen Ausnahmen

Ganz ehrlich gesagt: So schaffen sich die Kantone selber ab. Wenn die Mehrheit der Kantone bei einem so weitreichenden Vertrag nicht einmal das Ständemehr fordert, dann braucht es auch keine Stände mehr. Ich möchte an dieser Stelle aber die zehn aufrechten Kantone löblich erwähnen, die das Ständemehr forderten: Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, die beiden Appenzell und Tessin.

Marcel Dettling

Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz



Erfolg für die SVP: Polizeimeldungen müssen die Nationalität von Tätern nennen

Es vergeht kaum ein Tag ohne Gewalt- oder Sexualdelikte, Einbrüche oder Diebstähle. Ausländische Täter sind dabei massiv übervertreten – eine Tatsache, die Linke und Grüne lieber verschweigen. Nur die SVP setzt sich konsequent für Transparenz und Sicherheit ein.



Von Benjamin Fischer,
Nationalrat,
Oberweningen (ZH)

Laut der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) wurden Personen aus Tunesien, Kamerun, Marokko oder der Dominikanischen Republik rund **zehnmal häufiger** als Schweizerinnen und Schweizer eines Delikts gegen Leib und Leben verdächtigt. Der forensische Psychiater Frank Urbaniok weist zudem auf systematische Fehler hin, welche die tatsächliche Kriminalität gewisser Gruppen viel tiefer ausweisen. So wur-

den etwa **Algerier 125-mal häufiger** eines Strafdelikts beschuldigt.

Es sollte selbstverständlich sein, dass die Bevölkerung **ehrlich und vollständig** über die öffentliche Sicherheit informiert wird. Dazu gehört auch die Nennung von Alter, Geschlecht und Nationalität der Täter. Diese Transparenz wurde jedoch vielerorts bewusst verhindert, so etwa 2017 in der Stadt Zürich, wo die **rot-grüne Mehrheit** die Nationalität in Polizeimeldungen strich, **um die Realität der Ausländerkriminalität zu verschleiern**.

Mit meiner Parlamentarischen Initiative will ich diesen Missstand beheben. Der Nationalrat hat dem Vorstoss in

der Herbstsession überraschend zugestimmt, obwohl ihn die Rechtskommission zuvor mit allen Stimmen ausser der SVP abgelehnt hatte. Nun ist die Rechtskommission des Ständerates am Zug. Sie hat es in der Hand, für eine einheitliche und klare Regelung in der Strafprozessordnung (StPO) zu sorgen. Wenn der Täter ein Tunesier, ein Eritreer oder ein Iraker war, dann soll die Bevölkerung das auch erfahren.

Die Bevölkerung hat ein Anrecht auf Fakten statt beschönigte Berichte.

Wer Probleme lösen will, darf sie nicht verschweigen.



BERN IM CHAOS:

SVP fordert Ende der linken Gewalt

Nach den schweren Ausschreitungen an der Gaza-Demo in Bern mit 18 verletzten Polizisten und Millionen-schäden verlangt die SVP Bern ein konsequentes Durchgreifen: Null-Toleranz gegenüber Extremisten, Schliessung der Reithalle und Sanktionen gegen die rot-grüne Stadtregierung wegen Beihilfe zu Terrorismus.



Von Erich Hess,
Nationalrat,
Bern (BE)

Was sich am 11. Oktober in Bern abspielte, hat mit einer Demonstration nichts mehr zu tun. Wenn Mobiliar angezündet wird und Menschenleben gefährdet sowie 18 Polizisten verletzt werden, dann ist das keine öffentliche Meinungsäusserung, sondern linksextremer Terrorismus.

Linksextreme Chaoten wüten regelmässig in Bern. Die rot-grüne Stadtregierung hält stets ihre schützende Hand über die Täter. Die Berner Reithalle als geschützter Rückzugsort blieb auch diesmal offen. Versucht die Kantonspolizei Lösungen zu finden, dann werden

diese Bemühungen von der Stadtregierung hintertrieben. Damit ist der rot-grün dominierte Gemeinderat der Stadt Bern Teil des Problems.

Die Sicherheit steht auf dem Spiel. Es braucht endlich konsequente Massnahmen.

Die SVP Bern fordert:

- 1 Gegen Linksextremismus ist mit voller Härte vorzugehen. Gruppierungen wie die Antifa oder der Schwarze Block sind als Terror-Organisationen einzustufen und zu verbieten.
- 2 Wer an unbewilligten Demos und Ausschreitungen teilnimmt, soll von der Polizei bis zu 72 Stunden lang festgehalten werden können. **Fotos und Namen der Teilnehmer sollen publiziert werden.**

3 Bei gewalttätigen Ausschreitungen soll **die Polizei freie Hand haben**, um konsequent reagieren zu können.

4 Die Reithalle in Bern ist endlich zu schliessen.

5 Die Stadt Bern, die bis heute Täterschutz betreibt, soll **die Kosten für kantonspolizeiliche Leistungen künftig zu 100 % selber berappen.**

6 Der Nachrichtendienst muss die Aktivitäten der **linksextremen Gruppierungen** in der Bundesstadt **und ihre Verbindungen zu Stadtregierung, Parlament und Verwaltung unter die Lupe nehmen.**

In der Schweiz gilt nicht das Gesetz der Strasse. **Sicherheit ist die Hauptaufgabe des Staates – dafür setzt sich die SVP ein!**



Bonsai-Sozis: Erst brennt Bern – jetzt soll unser Wohlstand dran glauben

Linke Krawall-Chaoten verwandelten unsere schöne Bundesstadt im Oktober in ein Schlachtfeld.

Die Bonsai-Sozis zünden nicht nur auf der Strasse, sondern auch politisch: Sie wollen den Umsturz unseres Systems.



Von Diana Gutjahr,
Nationalrätin,
Amriswil (TG)

Es waren Szenen wie aus einem Bürgerkrieg: Am Samstag, 11. Oktober, verwandelten **linksextreme Chaoten** die Bundesstadt in ein Schlachtfeld. Polizisten wurden verletzt, Menschenleben gefährdet, Sachschäden in Millionenhöhe verursacht. Mittendrin: Die Juso Schweiz – Mitorganisatorin der illegalen

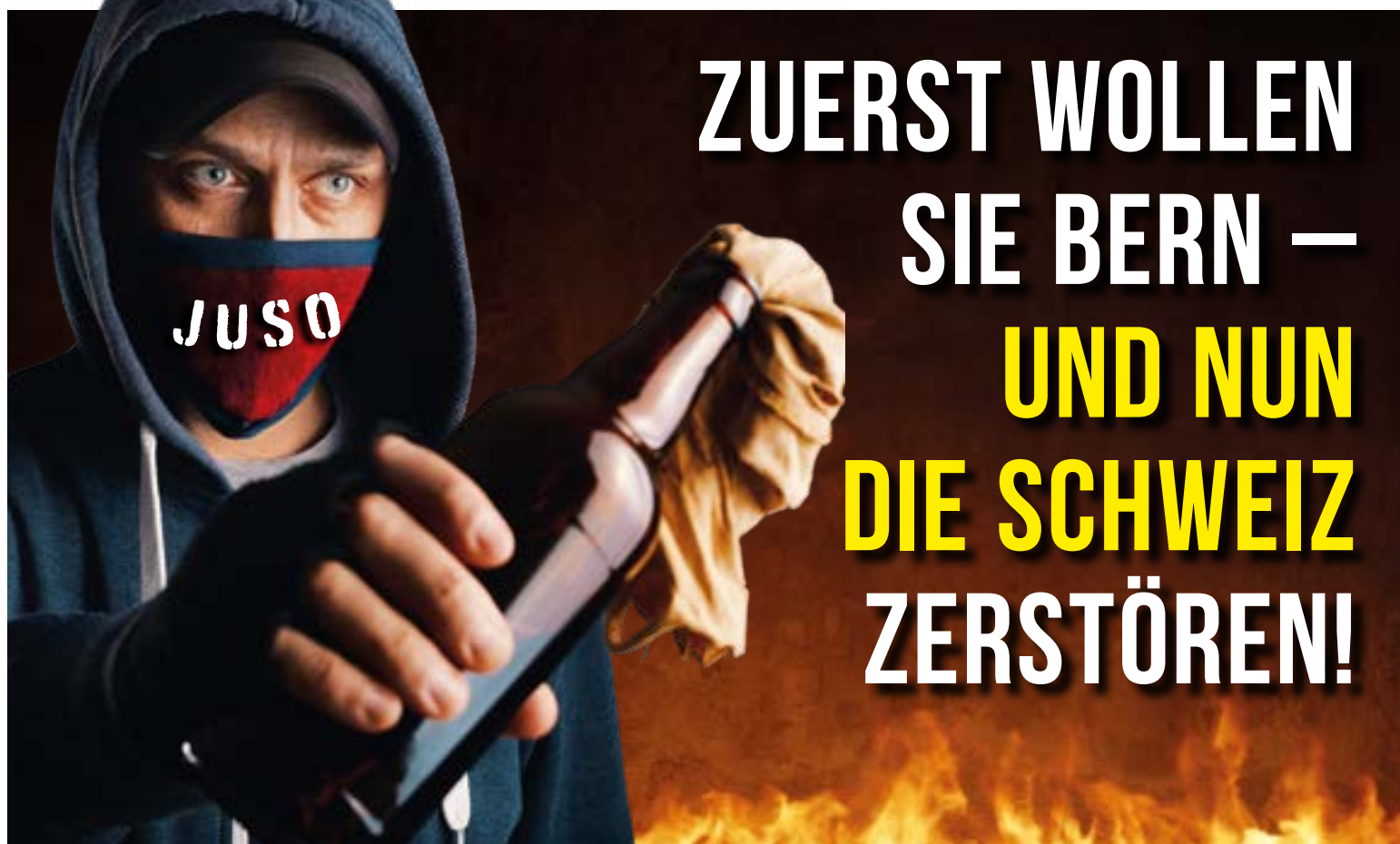
«Demonstration», wie die Bonsai-Sozis diese **Gewaltorgie** verharmlosend nennen. Und als wäre das nicht genug, schob Juso-Präsidentin Mirjam Hostetmann der Polizei auch noch eine Mitschuld zu. SP und Grüne? Schweigen. Wegducken. Wegsehen.

Doch der ideologische Feldzug der Jung-Sozialisten findet nicht nur auf der Strasse statt. Er geht weiter – in Form einer **brandgefährlichen Initiative**, die am 30. November zur Abstimmung kommt: Die sogenannte «Erbschaftssteuer-Initiative» ist nichts anderes als ein **Frontalangriff** auf unsere KMU, auf Familienbetriebe, auf den Mittelstand.

Mit dieser Initiative zeigen die Juso die gleiche Zerstörungswut, die Bern in Trümmer legte. Was Familienunterneh-

men jahrzehntelang aufgebaut haben, wollen die Bonsai-Sozis **enteignen** und zerschlagen. Aus blankem Neid wollen sie Lebenswerke, die Generationen überdauerten, dem Staat opfern. Wer vorsorgt, Verantwortung übernimmt, Arbeitsplätze schafft und sein Unternehmen an die nächste Generation weitergeben will, wird bestraft. Das ist nicht sozial – das ist systemfeindlich.

Der Krawall-Samstag war ein Weckruf. Der Linksradikalismus ist keine Randerscheinung mehr – er sitzt in Parteizentralen, lanciert Initiativen und will unser Land zerstören. Wir müssen ihm entschieden entgegenreten. Sagen wir **am 30. November wuchtig NEIN zur Juso-Enteignungsinitiative**. Für Freiheit, Eigentum und den Erhalt unserer Arbeitsplätze.



Erfolgreiches Referendum gegen Individualbesteuerung!

Über 65'000 Menschen haben das Referendum gegen die Individualbesteuerung unterschrieben. Jetzt kommt es zur Abstimmung über dieses teure und unsoziale Gesetz.



Von Monika Rüegger,
Nationalrätin,
Engelberg (OW)

Die Individualbesteuerung klingt modern – in Wahrheit **bestraft sie je nach Lebensmodell Familien und Frauen**, schwächt den Zusammenhalt und sorgt für noch mehr Bürokratie und Papierkram. Wer glaubt, damit die Heiratsstrafe zu beseitigen, liegt falsch. Dieses Gesetz schafft nur neue steuerliche Ungerechtigkeiten und hunderte zusätzliche Steuerbeamte in den Kantonen.

Profitieren würden vor allem Gutverdiener mit doppeltem Einkommen und mit optimierten Teilzeit-Pensen. Der Mittelstand und Alleinverdiener-Familien zah-

len drauf. Hunderttausende Menschen wären die Verlierer dieser Reform.

Dazu kommt: **Das Gesetz bringt enorm mehr Bürokratie.** Ehepaare müssten zwei Steuererklärungen ausfüllen. Sie müssten alles aufteilen: Haus, Auto, Kinderzulagen und vieles mehr. Das ist kompliziert und praxisuntauglich.

Auch die Kantone wollen nicht individuell besteuern: Sie haben mit dem Splitting-Modell längst funktionierende Lösungen zur Abschaffung der Heiratsstrafe. Ein Systemwechsel würde deren bewährte

Steuerpraxis zerstören und rund 1'700 zusätzliche Steuerbeamte nötig machen, um 1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen zu bearbeiten.

Gleich zehn Kantone – St. Gallen, Aargau, Thurgau, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Uri, Wallis, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden – haben das **Kantonsreferendum** ergriffen. Das ist erst das zweite Mal in der Geschichte der Schweiz, dass so ein Referendum zustande kommt.

Wie geht es weiter? Wir können diesen unsozialen und teuren Systemwechsel zur Individualbesteuerung nur gemeinsam stoppen und damit den Weg freimachen für eine faire, einfache und familienfreundliche Lösung zur Abschaffung der Heiratsstrafe.

Die Volksabstimmung findet voraussichtlich im Frühling 2026 statt.



8 IS GREAT. LIFE IS GREAT.

ab CHF 51'990.-*

Der neue Mitsubishi
**OUTLANDER
PHEV**



*Outlander PHEV 4x4 Inform 2,4l Benzin / Automatik, Mixverbrauch 0,8 l / 100 km, Stromverbrauch 23,4 kWh / 100 km, CO₂-Ausstoss 19 g / km, Energieeffizienzklasse E, CHF 51'990.- (Listenpreis CHF 53'990.- abzüglich Eintauschprämie CHF 2'000.- und ohne Optionen). Service-aktivierte 8-Jahres-Garantie oder 160'000 km ab 1. Immatrikulation auf den Outlander PHEV MY25 (es gilt das zuerst Erreichte). Alle Bedingungen unter Mitsubishi-Motors.ch. Abb. **Outlander PHEV 4x4 Intense** 2,4l Benzin/Automatik, Mixverbrauch 0,8 l / 100 km, Stromverbrauch 23,4 kWh / 100 km, CO₂-Ausstoss 19 g / km, Energieeffizienzklasse E, CHF 59'990.-. Preise inkl. MWST. Unverbindliche Preisempfehlung der MM Automobile Schweiz AG. Änderungen vorbehalten.



NEIN zur Service-Citoyen-Initiative – sie schwächt die Armee und gefährdet unsere Sicherheit!

Die Service-Citoyen-Initiative klingt harmlos, ist aber gefährlich. Sie schwächt unsere Armee, schafft noch mehr Bürokratie, kostet Milliarden und entzieht der Wirtschaft wertvolle Arbeitskräfte. Nur eine starke Milizarmee schützt unser Land. Darum sage ich am 30. November klar: Nein zum Service Citoyen!



Von Stefanie Heimgartner,
Transportunternehmerin
und Nationalrätin,
Baden (AG)

Die Wehrpflicht ist kein Jekami, sondern ein Verfassungsauftrag. Artikel 59 der Bundesverfassung ist klar: «Jeder Schweizer ist verpflichtet, Militärdienst zu leisten. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.» Dieser Grundsatz hat unser Land stark gemacht – er sichert unsere Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit. Die Service-Citoyen-Initiative will diese klare Ordnung aufweichen und den Militärdienst in einen undefinierten «Gesellschaftsdienst» umwandeln. Damit würde der Verfassungsauftrag faktisch unterlaufen.

Sicherheit ist keine freiwillige Übung

Schon heute ist es schwierig, genügend Soldaten auszubilden. Wenn der Militärdienst zu einer beliebigen Übung wird, fehlen im Ernstfall jene, die unser Land verteidigen. Sicherheit darf nicht in Konkurrenz zu Sozialprojekten gestellt werden! Die Wehrpflicht hat sich bewährt. Sie stärkt unsere Armee und hält sie fest in der Bevölkerung verankert.

Ein Risiko für Arbeitsmarkt und Wirtschaft

Die Initiative wäre nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch wirtschaftlich fatal. Sie würde dem Arbeitsmarkt zusätzlich pro Jahr rund 70'000 Personen entziehen. Das würde den Fachkräftemangel verschärfen, Milliarden kosten und eine unfaire Konkurrenz für Betriebe und KMU schaffen, die ohnehin

unter Druck stehen. Am Ende verlieren sowohl Armee als auch Wirtschaft.

Mehr Bürokratie – weniger Sicherheit

Die Initiative würde ein gigantisches Verwaltungsmonster schaffen. Bund, Kantone und Gemeinden müssten zehntausende neue Pflichteinsätze koordinieren – Kosten von bis zu fünf Milliarden Franken wären die Folge. Das Resultat: die Verwaltung würde noch mehr aufgebläht und die Armee weiter geschwächt.

Wer eine starke Armee,
weniger Bürokratie und eine
sichere Schweiz will, sagt
am 30. November entschieden
NEIN zur
Service Citoyen-Initiative!

Für eine starke Armee

NEIN zur Service-Citoyen-Initiative

«Es gibt nur eine Antwort zu Ein entschiedenes **NEIN!**»

Würden Sie einen Vertrag unterschreiben, den die Gegenseite jederzeit einseitig zu ihren Gunsten abändern kann? Würden Sie sich dazu verpflichten, diese Anpassungen unter Strafandrohung zwingend zu übernehmen? Würden Sie einen Vertrag akzeptieren, über dessen Auslegung die Rechtsabteilung der Gegenseite abschliessend entscheidet und für den Sie jährlich auch noch Milliarden bezahlen müssten? Natürlich nicht! Genau das aber erwartet uns mit dem EU-Unterwerfungsvertrag.



Von Thomas Aeschi,
Nationalrat und
SVP-Fraktionspräsident,
Baar (ZG)

Die Bundeshausfraktion der SVP hat während der letzten vier Monate in zehn Arbeitsgruppen – jeweils unter der Leitung eines Nationalrates – den vollständigen EU-Unterwerfungsvertrag durchgearbeitet: Das Vertragspaket umfasst 2'228 Seiten. Dazu kommen 20'897 Seiten sekundäre Erlasse (17'968 Seiten EU- und 2'929 Seiten CH-Erlasse), Dutzende EU-Tertiärerlasse, EU-Kommissionsentscheidungen und Urteile des EU-Gerichtshofs.



Die Bundeshausfraktion der SVP hat das EU-Vertragspaket eingehend geprüft. Das Ergebnis dieser Analyse ist schockierend – hier die Folgen des EU-Unterwerfungsvertrags für die Schweiz:



Der Unterwerfungsvertrag führt die Schweiz schleichend in die EU.

Landwirtschaftspolitik (EU-«Lebensmittelsicherheitsraum»), der Strommarkt und Teile der Schweizer Gesundheitspolitik. Die EU-Rechtsübernahme durch die Schweiz wird überwacht von EU-Kommission und EU-Gerichtshof.



In Zukunft setzt die EU für die Schweiz Recht und die Schweiz verpflichtet sich, dieses EU-Recht zu übernehmen. Damit wird der schweizerische Gesetzgeber – Volk, Kantone und Parlament – ausgeschaltet: Die EU ordnet an, die Schweiz vollzieht. Das ist das Gegenteil eines bilateralen Vertrags auf Augenhöhe.



Sollte es das Schweizer Volk oder das Parlament wagen, die Übernahme einer EU-Bestimmung zu verweigern, sieht der Unterwerfungsvertrag «Ausgleichsmassnahmen» vor. Die Schweiz würde somit die EU ermächtigen, Strafmassnahmen resp. Sanktionen gegen die Schweiz zu erlassen.



Zentrale Bereiche der schweizerischen Politik werden in Zukunft von der EU für unser Land bestimmt: Regelung der Zuwanderung, Zugang zu den Schweizer Sozialversicherungen, die Wirtschaftspolitik, die Arbeitsmarktregulierung, die Land- und Luftverkehrspolitik, die



Im Unterwerfungsvertrag ist – trotz Schiedsgericht – letztlich der EU-Gerichtshof und damit das Gericht der Gegenpartei, die Instanz, die bei Streitigkeiten entscheidet. Gutachten des EuGH sind für das Schiedsgericht «bindend».

diesem Vertragsmonster:



Das Schweizer Volk fordert die eigenständige Steuerung der Zuwanderung und hat deshalb 2014 den Verfassungsartikel 121a «Steuerung der Zuwanderung» beschlossen. Der neue EU-Vertrag bewirkt das Gegenteil: Die Personenfreizügigkeit würde weiter ausgebaut. EU-Bürger erhalten neu schon nach fünf Jahren das Daueraufenthaltsrecht. Sie dürfen damit in der Schweiz bleiben, auch wenn sie arbeitslos oder sozialhilfeabhängig sind. Der Familiennachzug wird ausgeweitet und vereinfacht.



Namentlich die Wirtschaftsverbände wollen eine institutionelle Anbindung an die EU wegen der «Rechtssicherheit». Als ob die Schweiz ein Land der Rechtsunsicherheit wäre. Was die Verbandsfunktionäre ausblenden: Die Schweiz müsste ihre Vorteile aufgeben und sich der EU angleichen. Die Schweiz würde sich weitgehend der Rechtssetzung der EU ausliefern, wobei völlig unsicher ist, was in Zukunft noch alles zu übernehmen sein wird. Die Schweiz müsste auch die Regulierungsflut der EU übernehmen und anwenden. Dabei klagen gerade Unternehmen in der EU über die masslose und kostspielige EU-Bürokratie, welche die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Europas massiv beeinträchtigt.



- **Neues Beihilfeüberwachungsregime:** Die EU-Beihilferichtlinien sollen im Bereich Strom, Landverkehr und Luftverkehr für Bund, Kantone und Gemeinden zwingend werden. Damit würde unser Föderalismus sowie die Kantons- und Gemeindeautonomie völlig untergraben.
- **Souveränitätsverlust auf Strasse und auf Schiene:** Schrittweise Marktöffnung gefährdet SBB, Pünktlichkeit und Taktfahrplan. Auf der Strasse drohen Gigaliner und EU-Mautprinzipien.
- **Landwirtschaft und Lebensmittelregulierung in EU-Hand:** Beim Abkommen zur sog. «Lebensmittelsicherheit» handelt es sich um ein weitreichendes Regulierungsinstrument der EU. Dahinter steht die EU-Strategie «Vom Hof auf den Tisch» (Farm to Fork), welche Massnahmen entlang der gesamten Lebensmittelkette erfasst: Von der Produktion, Verarbeitung, Vertrieb bis zum Verbrauch. Damit ist auch die Schweizer Landwirtschaft direkt und massiv betroffen.
- **Zehntausende EU-Studenten zum Billigtarif an Schweizer Unis:** Die per 2025 eingeführte Verdreifachung der Studiengebühren für ausländische Studierende müsste rückgängig gemacht werden. Die Zeche bezahlen Schweizer Studierende und die Kantone.
- **Höhere Steuern und Abgaben:** Neu verlangt die EU vom Nicht-EU-Mit-

gliedsland Schweiz einen «regelmässigen finanziellen Beitrag». Mit allen anderen Verpflichtungen kommt der Bundesrat in seiner Vernehmlassungsvorlage auf jährlich 1,4 Milliarden Franken. In unserer Analyse kommen wir auf 2 Milliarden Franken – ohne die indirekten Kosten aufgrund der Übernahme der EU-Bürokratieflut.

- **Stromabkommen führt zu Unsicherheit und höheren Preisen:** Mit dem Stromabkommen gibt die Schweiz ihre energiepolitische Eigenständigkeit auf und gefährdet ihre Versorgungssicherheit. Nach einer Frist von sechs Jahren kann die EU auf unsere Reserven zugreifen. Die Schweiz muss Strom nach Vorgabe der EU produzieren.



Dieser Vertrag ist in jeder Hinsicht zum Nachteil der Schweiz und der Schweizer Bevölkerung. Es handelt sich um einen EU-Unterwerfungsvertrag. Deshalb gibt es nur eine Antwort zu diesem Vertragsmonster:
Ein entschiedenes

NEIN!

**Unterstützen Sie
unseren Kampf
für eine freie Schweiz:**



**Presskonferenz
vom 20. Oktober
mit Kurzvideos
der einzelnen Referate:**



FDP: Schluss mit Freiheit, Demokratie und Föderalismus?



Wer die neuen EU-Verträge und den Bericht des Bundesrats gelesen hat, der weiss: Liberal und demokratisch ist daran gar nichts. Bund und Kantone würden mit neuen Regulierungen und Bürokratie überflutet. Umso unverständlicher ist der Fehlentscheid der FDP-Delegierten, diesen Unsinn zu unterstützen.



Von Gregor Rutz,
Nationalrat und Mitglied
Staatspolitische
Kommission, Zürich (ZH)

Die Weiterführung des bilateralen Wegs sei eine strategische Notwendigkeit, meinte Nationalrat Simon Michel an der FDP-Delegiertenversammlung. Bundesrat Cassis ergänzte: «Unsere direkte Demokratie bleibt erhalten.» Laut Ständerat Matthias Michel braucht das EU-Vertragspaket keine Verfassungsänderung und somit auch kein doppeltes Mehr. Diese Voten zeigen: Offenbar hat die Mehrheit der FDP-Vertreter das Vertragspaket gar nicht studiert.

Belastung für Kantone

Die Liberalen kämpfen immer für den Föderalismus: Zentralstaaten neigen zu Bürokratie und Überregulierung. Daher ist möglichst viel auf kantonaler Ebene zu regeln. Das EU-Vertragspaket macht das Gegenteil. Die neuen Verträge betreffen zahlreiche Bereiche, für die in der Schweiz die Kantone oder Gemeinden zuständig sind. Das EU-Vertragspaket stellt die verfassungsmässige Kompetenzordnung auf den Kopf.

Der Bundesrat hat die Schwachstelle erkannt: Mitten in der Vernehmlassung schlägt er vor, die Kantone besser in die Aussenpolitik des Bundes einzubinden. Auch dies ändert nichts daran, dass die Kantone künftig EU-Recht übernehmen müssen und nichts dazu zu sagen haben. Alle haben es gemerkt – ausser der FDP und gewissen Kantonsregierungen.

Parlament ausgeschaltet

Dass das Parlament künftig ausgeschaltet wäre, scheinen die meisten Ratsmitglieder der FDP nicht zu realisieren. Die Schweiz kann sich nur in der informellen Phase des „Decision Shaping“ einbringen. Sobald es konkret wird, haben wir nichts mehr zu sagen. Die fertigen Beschlüsse muss die Schweiz dann aber sofort übernehmen: Die «dynamische» (automatische) Rechtsübernahme ist das zentrale Ziel der EU – sie will die

Rechtsordnung in Europa vereinheitlichen. Dass dagegen kaum mehr Referenden möglich sind, liegt auf der Hand. Wenn der Bundesrat sagt, an unseren demokratischen Rechten ändere sich nichts, entspricht dies nicht der Wahrheit. Auch Initiativen wären massiv erschwert, da das Bundesgericht schon heute EU-Recht über unser Verfassungsrecht stellt. Wo die

Schweiz noch entscheiden kann, drohen Sanktionen. Entscheidungsfreiheit sieht anders aus.

Liberalen Kompass verloren

Wem eine föderalistische Staatsordnung, eine liberale Rechtsordnung, Freiheit und Prosperität am Herzen liegen, muss diese Verträge ablehnen. Dass die Mehrheit der FDP-Delegierten dies nicht begriffen hat, ist tragisch. Hoffen wir, dass die Basis dies korrigiert. Zum Glück haben in der Schweiz die Stimmbürger das letzte Wort!

« Wer die neuen EU-Verträge und den Bericht des Bundesrats gelesen hat, der weiss: Liberal und demokratisch ist daran gar nichts. Dass die Mehrheit der FDP-Delegierten dies nicht begriffen hat, ist tragisch. »

Mitte-links will 10-Millionen-Schweiz

Die Nationalratsdebatte hat gezeigt: Nur die SVP verfolgt eine vernünftige Zuwanderungspolitik. Unsere Nachhaltigkeitsinitiative fordert eine sinnvolle Begrenzung der Zuwanderung in der Verfassung. Der Appell ans Parlament war vergeblich. Aber der Appell ans Volk wird an der Urne Erfolg haben.



Von Thomas Matter,
Unternehmer und
Nationalrat, Meilen (ZH)

Es war die längste Debatte über eine Volksinitiative seit einem Vierteljahrhundert. Mehr als die Hälfte der 200 Nationalräte äusserte sich in der Herbstsession zur Nachhaltigkeitsinitiative der SVP gegen eine 10-Millionen-Schweiz. Allein schon dieser Massenandrang ans Mikrofon zeigt, dass die Massenzuwanderung unser Land bewegt. Längst haben weite Teile der Bevölkerung, ja mittlerweile sogar die Medien ein schlechtes Gefühl.

Identitätsverlust, schwindende Lebensqualität, Zubetonierung der Landschaft, Dichtestress, Wohnungsnot, überlastete Infrastrukturen und Sozialwerke lassen sich nicht mehr schönreden.

Doch in der geschützten Werkstatt des Nationalrats **verschlossen 121 angebliche Volksvertreter ihre Augen vor all jenen Problemen, die das Volk beschäftigen.** Umso fundierter argumentierten die SVP-Vertreter für ihre Nachhaltigkeitsinitiative. Sie stimmten ohne einzige Ausnahme mit 64 Stimmen für die Initiative. Die FDP operiert gegenwärtig sogar mit dem Kampfbegriff «Chaosinitiative», um die sinnvolle Begrenzung der Massenzuwanderung zu verhindern. Wie wenn nicht die ungezügelte Zuwanderung von weiteren Hundert-

tausenden und Millionen die Schweiz ins Chaos stürzen würde.

Ausgerechnet die Linken behaupten, die Initiative gegen eine 10-Millionen-Schweiz sei eine «Anti-Wohlstandsinitiative». Dabei belegt jede vernünftige Statistik, dass der **Wohlstand pro Kopf stagniert** gerade wegen der **ungeregelten Zuwanderung** in unser Land. Eine Sprecherin der Grünen sprach von einer «Anti-Wachstumsinitiative» – was einigermaßen erheitert, denn die Grünen sind eigentlich nicht bekannt als Kämpfer für ein Wachstum um jeden Preis. Jetzt geht die Vorlage an den Ständerat und wird – falls kein Gegenvorschlag ausgearbeitet wird – im Juni 2026 zur Abstimmung kommen. Dann wird sich zeigen, ob die Schweiz Schweiz bleibt.



JA zur Schweiz – jetzt mitmachen und unterstützen



7

Thinking Steps zum EU-Vertragspaket

7 Folgen

mit Magdalena Martullo-Blocher



Jetzt
anschauen:



**Die wichtigsten Vertragsinhalte
und die Folgen für die Schweiz**

GOAL GLOSSAR



Kampagne

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt:
Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner?
Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat,
wird erfolgreiche Kampagnen führen können!

Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Nicola Tinner, Geschäftsführer
Alexander Segert, Agenturinhaber
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Weniger Zuwanderung bedeutet weniger Beton und mehr Natur

Die Schweiz platzt aus allen Nähten. Wenn wir unsere Felder, unsere Landwirtschaft und unsere Heimat behalten wollen, braucht's jetzt die Notbremse: JA zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».



Von Katja Riem,
Nationalrätin,
Kiesen (BE)

In unserem kleinen Land leben bereits **über 9 Millionen Menschen** – und jedes Jahr kommen Zehntausende Zuwanderer dazu. **Allein 2022 waren es insgesamt über 180'000 Personen!** Die Schweiz ist längst voller als ein Pendlerzug im Feierabendverkehr. Wir sind **in vielen Bereichen am Rande eines Kollapses**: Strassen und Schienen sind überlastet, die Kriminalität hat massiv zugenommen, die Wohnungsmieten explodieren, ebenso die Sozialkosten und unsere Natur wird immer weiter zubetoniert. Wer glaubt, die masslose Zuwanderung könne ewig so weitergehen, glaubt wohl auch noch an den Osterhasen.

Jeden Tag verschwindet fruchtbares Land unter Beton. Wo früher Kühe weideten, steht heute eine neue Wohn-Siedlung. Und während Politiker über Biodiversität philosophieren, verschwindet still und leise die Landwirtschaft, die uns ernährt. Schon heute liegt unser Selbstversorgungsgrad unter dem Verfassungsauftrag und wir müssen viele Lebensmittel importieren.

Die masslose Zuwanderung löst keine Probleme, sie verstärkt die bereits vorhandenen. Der Ökonom Matthias Binswanger bringt's auf den Punkt: «Die Zuwanderung lindert den Fachkräftemangel

« Die Schweiz ist in vielen Bereichen am Rande eines Kollapses: Strassen und Schienen sind überlastet, die Kriminalität hat massiv zugenommen, die Wohnungsmieten explodieren, ebenso die Sozialkosten und unsere Natur wird immer weiter zubetoniert. »

nicht – sie hält die Löhne tief.»

Wer will, dass auch unsere Kinder noch wissen, wie Heu riecht und dass Tomaten nicht nur aus Spanien kommen, muss jetzt handeln. Unsere Volksinitiative «Keine 10-Millionen Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)» ist kein Nein zu Menschen, sondern ein Ja zu

Vernunft, Boden und Bauernverstand.

Setzen wir uns gemeinsam für eine massvolle Zuwanderung ein – bevor die letzte Kuh im Mittelland Rollschuh laufen muss, weil der Boden unter ihr asphaltiert wurde.

In die Zukunft der Schweiz investieren?

Was viele über Axpo noch nicht wissen:

Seit über 100 Jahren trägt Axpo zu einer sicheren Stromversorgung in der Schweiz bei. Heute decken wir rund 40 Prozent des nationalen Strombedarfs – mit einem stabilen und CO₂-armen Strommix aus Kernenergie, Wasserkraft, Biomasse sowie zunehmend Solar- und Windenergie.

In den vergangenen zehn Jahren haben wir zudem die Mehrheit unserer Investitionen in der Schweiz getätigt: in moderne Netze, innovative Technologien, den Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Modernisierung bestehender Anlagen. Insgesamt sind in den kommenden Jahren Investitionen von 2 Milliarden in der Schweiz vorgesehen. So stärken wir die Energieversorgung von morgen.

Doch unsere wichtigste Energiequelle sind die Menschen hinter dieser Leistung: In den letzten fünf Jahren haben wir über 1'200 neue Arbeitsplätze geschaffen und bieten aktuell mehr als 400 Ausbildungsplätze an.

Damit unsere Energie auch morgen zuverlässig in der Schweiz fließt.

Ein historischer Erfolg für die SVP Jura: Ein Durchbruch, der eine Wende markiert!

Die SVP Jura ist ausserordentlich stolz auf die Ergebnisse der Kantonswahlen! Mit neu 11 Vertretern im 60-köpfigen Kantonsparlament und einem Stimmenanteil, der von 10,4 % auf 15,2 % gestiegen ist, hat unsere Partei einen riesigen Erfolg erzielt. Dieses Resultat bestätigt, dass die SVP in der Romandie Aufwind hat und dass unsere Basisarbeit sowie unser Engagement für unsere Werte Früchte tragen.



Von Thomas Stettler,
Nationalrat,
Soyhières (JU)

Dieser Wahlerfolg zeigt die wachsende Unterstützung für eine klare, mutige und bürgernahe Politik. Die SVP etabliert sich nun als drittstärkste politische Kraft im Kanton Jura.

Ebenfalls erfreulich ist das gute Abschneiden von Lionel Dugerdil bei den Staatsrats-Ersatzwahlen in Genf. Sein bemerkenswertes Wahlergebnis beweist, dass wir mit der vereinten Kraft der bürgerlichen Parteien die Mittel haben, Exekutivsitze zu erreichen.

Im Jura endete der zweite Wahlgang in einem richtigen Wahlkrimi. Lag doch der SVP-Kandidat Fred-Henri Schnegg vor der Auszählung der letzten Gemeinde noch auf dem fünften Platz. Am Ende fehlten 275 Stimmen, also weniger als 1 %, um diesen Wahlerfolg mit einem SVP-Regierungsratssitz zu krönen. Angesichts dieses sehr guten Resultates, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die SVP auch im Jura in die Regierung einzieht.

Grosses Wählerpotenzial in Moutier

Der Übertritt von Moutier zum Kanton Jura markiert ebenfalls einen wichtigen Schritt. Die SVP hat dort 24 % der Stimmen erhalten – ein sehr ermutigendes Ergebnis, das zeigt, dass noch grosses Potenzial vorhanden ist, wenn es gelingt, noch mehr Wähler zu mobilisieren.

Ein weiterer Grund zur Zufriedenheit: Die gesamte Leitung der SVP Jura – der Präsident, der Vizepräsident, die Wahlkampfleiterin und der Generalsekretär – wurde erfolgreich ins jurassische Parlament gewählt. Dies zeugt vom Vertrauen und der Anerkennung der Wählerinnen und Wähler für diejenigen, die sich für ihre Werte einsetzen.

Schliesslich werden auch zwei gewählte Vertreter aus dem Bezirk Moutier, der noch einige Wochen bernisch bleibt, offiziell dem jurassischen Parlament beitre-

ten – ein weiterer Beweis für die positive Dynamik, die unsere Partei trägt.

« Angesichts dieses sehr guten Resultates, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die SVP auch im Jura in die Regierung einzieht. »

Historischer Moment für die SVP Jura

Wir danken von Herzen allen, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben. Dieser

Erfolg ist erst der Anfang eines neuen Aufschwungs: Gemeinsam werden wir weiterhin unsere Überzeugungen verteidigen, die von den Eliten vergessenen Bürger vertreten und uns für Wohlstand und Freiheit einsetzen!



Alain Koller, Fred-Henri Schnegg, Lionel Dugerdil, David Peter Lê und Thomas Stettler (v. l. n. r.)



Links-radikale JUSO-Initiative **NEIN**